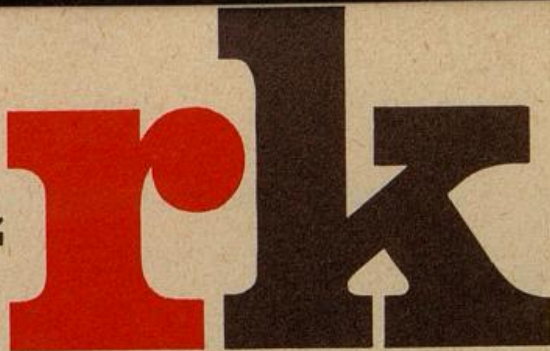


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Montag, 10. Dezember 1979

Blatt 3126

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS Wiener Naturschutztag 1979  
ausgesendet: Hernals: Kürzere Intervalle der Straßenbahn gefordert  
(violett)

Kommunal: Wiener Gemeinderat (Budgetdebatte)  
(rosa) Sportplatz in Meidling soll größer werden  
Stacher zur Fristenlösung-Diskussion

Kultur: Stadtbibliothek: Wiener Zeitung auf Mikrofilm  
(gelb)

Nur über FS: 7.12. Drei Feuerwehrmänner bei Einsatz verletzt  
10.12. Adventkranz steckte Wohnung in Brand  
Kein Bürgermeister-Pressegespräch



.....  
bereits am 7. dezember ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

k o m m u n a l :

=====

### wiener naturschutztag 1979 (2)

17 wien, 7.12. (rk) naturschutz sei ein gebiet, in dem man zwar manche, jedoch lange nicht alle aufgaben amtlich erledigen koenne, meinte umweltstadtrat peter s c h i e d e r bei der eroeffnung des wiener naturschutztags. gleichzeitig verwies er auf aktionen der stadtverwaltung wie zum beispiel die versuche zum biologischen landbau oder den schutz des erholungsgebiets guetenbachtal - hier wird auch ein bauernhof mit reiner gruenlandwirtschaft geschuetzt, der vollbiologischen landbau betreibt. ebenso erklaerte sich stadtrat schieder bereit, gespraechе ueber eine moegliche aenderung des pflanzenschutzgesetzes - vor allem ueber die winter- und austrieb-spritzung - zu sprechen.

### erholungsgebiete erhalten

um die existenz wichtiger erholungsgebiete wie alte donau oder lobau zu sichern, sollten jene teile der a 20 beziehungsweise a 5, die durch den 20. und 21. bezirk fuehren sollen, die a 21 als querung der donau und der lobau und die a 22 unterhalb des knotens kaisermuehlen aus dem bundesstrassengesetz herausgenommen werden, forderte der naturschutztag in einer resolution. buergermeister leopold g r a t z hatte bereits am mittwoch zum thema bundesstrassen in seinem pressegespraech betont, dass wien dem bund einen 'abtausch' von strassen vorschlagen werde, die zwar im bundesstrassengesetz vorgesehen, aber nicht mehr gewuenscht werden und als beispiel fuer eine derartige nicht mehr aktuelle bundesstrasse die autobahn durch die lobau genannt.



im rahmen des verkehrskonzepts ist ausserdem eine neubeurteilung des im bundesstrassennetz vorgesehenen strassennetzes vorgesehen.

eine weitere resolution des naturschutztages verlangt eine aenderung des pflanzenschutzgesetzes mit dem ziel, den chemie-einsatz in den gaerten zu vermindern. ausserdem sprach sich der naturschutztag gegen die weitere verbauung der noch intakten wienerwaldbaeche aus. saemtliche bachauen sollten in das schutzgebiet wald- und wiesenguertel einbezogen werden. (hs)

1714



.....  
 bereits am 9. dezember ueber fernschreiber ausgesendet  
 .....

k o m m u n a l :

=====

hernalts: kuerzere intervale der strassenbahn gefordert

1 wien, 9.12. (rk) in einem gemeinsamen antrag aller drei fraktionen der bezirksvertretung hernalts wird fuer die kuenftige hernalser strassenbahnlinie 'h', neuwaldegg - ring-rund, eine staerkere zugsfolge als bei der heutigen linie 'h 2' gefordert.

nachdem etwa um die jahresmitte des naechsten jahres die u 2 den betrieb aufnehmen wird, werden die strassenbahnlinien 'h 2' und '43' eingestellt. anstelle dieser beiden strassenbahnlinien wird die linie 'h' ihren betrieb aufnehmen. da bisher bezueglich der zugfolgen auf den beiden hernalser strassenbahnlinien immer wieder beschwerden aus der bevoelkerung kamen, werden nun von der bezirksvertretung fuer die linie 'h' kuerzere intervale gefordert. (ka)

++++



k o m m u n a l :

=====

sportplatz in meidling soll groesser werden

2 wien, 10.12. (rk) ein neuer flaechenwidmungsplan fuer meidling soll die vergroesserung des sportplatzes zwischen hervicusgasse und jaegerhausgasse ermoeglichen. der entwurf zu diesem neuen plan (plannummer 5514 e) liegt vom 13. dezember bis 10. jaenner waehrend der amtsstunden montag bis freitag zwischen 7.30 und 15.30 uhr in der magistratsabteilung 21, wien 1, rathaus, stiege 5, 2. stock, zimmer 413, zur oeffentlichen einsicht auf.

zwischen dem park an der jaegerhausgasse und der sportanlage an der hervicusgasse besteht derzeit die widmung "wohngebiet". auf wunsch der meidlinger bezirksvertretung wurde diese widmung ueberprueft und festgestellt, dass in diesem bereich die schaffung zusaetzlicher sportmoeglichkeiten notwendig waere. es soll daher der bestehende sportplatz nach osten erweitert und die derzeitige widmung von "bauland/wohngebiet" in "gruenland/erholungsgebiet - sport- und spielplaetze, grundflaeche fuer oeffentliche zwecke" abgeaendert werden. die gebaeude fuer umkleideraeume und geraeteunterbringung sollen nicht hoeher als 4,5 m errichtet werden duerfen. (and)

0833



k u l t u r :

=====

stadtbibliothek: wiener zeitung auf mikrofilm

3 wien, 10.12. (rk) in oeffentlich wissenschaftlichen bibliotheken zaehlen die tageszeitungen zu den durch die benuetzung am meisten gefaehrdeten objekten. bei starker frequenz tragen schlechte papierqualitaeten und umblaettern der grossen formate dazu bei, die erhaltung der originalbestaende zu gefaehrden.

mit der mikroverfilmung wurde ein weg gefunden, die originale zu schonen und den lesern dabei den zugang zum zeitungsbestand zu sichern. die mikroverfilmung von zeitungen ist daher eine der wesentlichen aufgaben fuer oeffentliche bibliotheken.

die wiener stadt- und landesbibliothek kann nun die gesamte wiener zeitung vom 8. maerz 1703 bis zum 30. dezember 1973 ihren lesern auf mikrofilm zur verfuegung stellen. auf einem sogenannten reader-printer-lesegeraet koennen die leser auch sofort kopien herstellen lassen. (gab)

0844



k o m m u n a l :

=====

## stacher zur fristenloesungs-diskussion

4 wien, 10.12. (rk) zu den diskussionen ueber abtreibungskliniken nahm montag stadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r gegenueber der "rathaus-korrespondenz" eindeutig stellung: wie er dabei mitteilte, hat die wiener landesregierung keineswegs fuer eine abtreibungsklinik, sondern fuer die errichtung und den betrieb eines ambulatoriums fuer schwangerenhilfe die genehmigung erteilt. dieses ambulatorium wird im jaenner eine derzeit bestehende ordination am fleischmarkt abloesen. wie aus dem antragsakt dafuer ersichtlich ist, wird das ambulatorium den frauen fuer alle probleme, naemlich fuer beratung und behandlung bei bestehender sterilitaet und kinderwunsch, fuer beratung und betreuung von schwangeren, fuer fragen der schwangerschaftsverhuetung sowie die durchfuehrung der fristenloesung im gesetzlichen rahmen zur verfuegung stehen. selbstverstaendlich wird es, so wie auch andere ambulatorien und ordinationen vom land wien, ueberprueft werden.

prinzipiell sprach sich stacher auch gegen eine zahlenmaessige erfassung der schwangerschaftsunterbrechungen aus, weil dies seiner meinung nach einerseits unmoeglich ist und man andererseits die frauen, die die moeglichkeit der fristenloesung in anspruch nehmen, damit diskriminieren wuerde. stacher betonte, dass wien weder die moeglichkeit noch den wunsch habe, auch fuer frauen aus den bundeslaendern, deren politiker nicht imstande sind, die gesetzlich gegebenen voraussetzungen zu schaffen oder diese bewusst verhindern, die fristenloesung durchzufuehren. (zi)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

5 wien, 10.12. (rk) der wiener gemeinderat trat montag unter dem vorsitz von gemeinderat m a y r h o f e r (spoe) zu einer sitzung zusammen. der gemeinderat wurde mit einer fragestunde eingeleitet.

fragestunde

auf die e r s t e a n f r a g e von gemeinderat dr. h i r n s c h a l l (fpoe), welches fehlverhalten von magistratischen dienststellen zu einer entschädigung von 67 millionen schilling an die fertigteilbau wien gefuehrt hat, antwortete buergermeister g r a t z , dass kein fehlverhalten staedischer dienststellen festgestellt werden konnte. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob man nicht unter allen umstaenden den vertrag erfuehlen haette sollen, antwortete g r a t z : "sicher (rufz.)" man stand jedoch im spannungsverhaeltnis zwischen der verpflichtung, den vertrag zeitgerecht zu erfuehlen, und der notwendigkeit, gruendlich und genaess den vorschriften vorzugehen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob die finanzverwaltung die baudienststellen auf die finanziellen folgen aufmerksam gemacht hat, antwortete g r a t z mit "ja".

auf die z w e i t e a n f r a g e von gemeinderat p r o c h a s k a (oevp), ob saemtliche maengel in den jugendzentren der stadt wien im Hinblick auf sicherheit und bauliche eignung beseitigt wurden, antwortete vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r , dass der abschluss der adaptierungsarbeiten 1980 erfolgen wird. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , warum kuerzlich 4 millionen fuer die adaptierung von jugendzentren beschlossen wurde, mit denen eine reihe vom kontrollamt nicht beanstandeter umbauarbeiten durchgefuehrt werden, antwortete f r o e h l i c h - s a n d n e r , dass der fragesteller eine ./.



hoehere funktion bei den jugendzentren innehat, und dass er seine information direkt holen kann. auf die z w e i t e z u s a t z - f r a g e , warum drei tage vor dem beschluss ueber die 4 millionen in einer sitzung der jugendzentren andere angaben gemacht wurden, antwortete f r o e h l i c h - s a n d n e r , dass dies eine vereinsangelegenheit ist, die der fragesteller im vorstand klaeren kann. auf die d r i t t e a n f r a g e von gemeinderat dkfm. b a u e r (fpoe), welche richtlinien fuer die wiener schuldirektionen hinsichtlich der verabreichung von mahlzeiten an die ihnen anvertrauten schueler bestehen, antwortete vizebuergemeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r , dass es derzeit keine richtlinien gibt. fuer die bundesschulen werden gespraecher im stadtschulrat gefuehrt. fuer schulen des landes wien werden die vertraege zentral, und nicht von den einzelnen schulleitungen abgeschlossen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob die frau vizebuergemeisterin bei diesen gespraechen darauf einwirken wird, dass auf die ernaehrungsphysiologische zusammensetzung des essens bedacht genommen wird, antwortete f r o e h l i c h - s a n d n e r , dass sie dies tun werde. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob sie auch darauf draengen wird, dass die schulleitungen das essen nicht bei einem x-beliebigen gasthaus bestellen, antwortete f r o e h l i c h - s a n d n e r , dass im rahmen des landes wien die schulleitungen keine abschluesse taetigen. die bestellung erfolgt zentral. (sei) (forts.)

1018

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

6 wien, 10.12. (rk) auf die v i e r t e a n f r a g e von gr. o b l a s s e r (spoe), ob daran gedacht sei, prof. hundertwasser zu ermoeeglichen, seine architektonischen, auf oekologischen grundsaetzen aufgebauten vorstellungen im wiener stadtgebiet zu verwirklichen, antwortete kulturstadtrat prof. dr. z i l k (spoe), dass geplant sei, in der loewengasse ein nicht-konformistisches haus nach seinen plaenen zu errichten. in der gardegasse 5 soll ein alt- ./.



haus saniert werden, wobei denkmalschutzruecksichten beachtet und ein architekt die aufsicht fuehren soll. hundertwasser soll auch die aussengestaltung des lobaumuseums uebertragen werden. auf die z u s a t z f r a g e , ob diese initiativen auch gegen die widerstaende der oevp gesetzt werden sollen, antwortete dr. zilk, dies sei nicht realistisch, weil die geplanten massnahmen weit ueber die grenzen hinaus von bedeutung sind.

auf die f u e n f t e a n f r a g e von gr. m i c h a l i - c a (spoe), was mit dem "gotischen freskenzyklus" in der tuchlauben geschehen soll, antwortete kulturstadtrat prof. dr. z i l k (spoe), es sei beabsichtigt, in diesem raum eine aussenstelle des historischen museums der stadt wien einzurichten. neben der exposition der kulturhistorisch interessanten fresken soll auch eine zeitgenoessische gestaltung des raumes erfolgen.

auf die s e c h s t e a n f r a g e von stadtrat dr. m a u t h e (oevp), welche museumsprojekte in naechster zeit geplant seien, antwortete kulturstadtrat prof. dr. z i l k (spoe), dass in aspern auf dem gelaende der kuenftigen automobilfabrik suchgrabungen durchgefuehrt werden sollen. in den u-bahn-stationen nestroyplatz und universitaet sollen exponate in vitrinen ausgestellt werden. die gestaltung der vitrine am nestroyplatz ist bereits im gang. die hermesvilla soll als museum weitergefuehrt werden. im schloss poetzleinsdorf soll unter anderen "das wiener buergerliche zeughaus" untergebracht werden. es gibt derzeit gespraechе, im messepalast kuenftig ein museumszentrum einzurichten, das den museenkomplex hofburg - naturhistorisches museum - kunsthistorisches museum ergaenzen soll. es sind auch besprechungen zur schaffung eines jugendstilmuseums im gang. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob er beabsichtige, ein konzept vorzulegen, und dieses zu diskutieren, antwortete zilk, dass diese diskussion bereits laeuft, mangels unterstuetzung durch die medien jedoch zuwenig bekannt ist. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , was mit dem schloss neugebaeude geschehen soll, antwortete zilk, es soll revitalisiert werden, ueber die verwendung sollen oeffentliche diskussionen gefuehrt werden. ./.



auf die s i e b e n t e a n f r a g e von gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp), wieviele kanalgebrechen es seit 1977 gegeben habe, antwortete der stadtrat fuer staedtische dienstleistungen, v e l e t a (spoe), wenn man alle schaeden erfasse, die an oeffentlichen strassenkanaelen aufgetreten sind und rasche baumassnahmen erforderten, sind 1977 fuenf, 1978 sieben und 1979 zehn aufgetreten. im jahr 1977 war der groesste schaden ein kanalbrand im 12. bezirk, verursacht durch einen tankwagenunfall, im darauffolgenden jahr traten fuenf gebrechen in alten profilkanaelen auf, und im ablaufenden jahr war der groesste defekt ein gewoelbeeinsturz in der gersthofers trasse, als folge eines wasserrohrbruchs. mindestens einmal jaehrlich werden kontrollen durchgefuehrt, so dass schaeden fruehzeitig entdeckt werden koennen. gebrechen treten in erster linie an roehren aus romanzement auf. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wieviele kilometer des kanalrohrnetzes aus diesem material bestehen, antwortete veleta, die unterlagen augenblicklich nicht zur hand zu haben, jedoch demnaechst darueber zu berichten. auf die z w e i t e z u s a t z - f r a g e , wieso es zu ueberflutungen als folge eines regens im juni dieses jahres in weiten teilen des 9. bezirktes kommen konnte und welche konsequenzen sich aus der inbetriebnahme des gebaeudekomplexes ueber dem franz josefs-bahnhof ergeben werden, antwortete der stadtrat, dass der erwaehte regen die fuenffache intensitaet gewoehnlicher starker regenfaelle erreicht habe, wodurch es zu ueberflutungen gekommen sei. die kanaele im 9. bezirk sind so dimensioniert, dass sie die ueblichen mengen, auch fuer den neuen gebaeudekomplex, aufnehmen koennen, es kommt zu ueberstauungen bereits vor der einmuendung in dieses kanalsystem. eine verbesserung wird die errichtung des rechten hauptsammelkanals bringen, dessen bau 1980 in simmering begonnen werden soll.

auf die a c h t e a n f r a g e , die gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp) stellte, warum in der spittelau bisher noch keine rauchgasreinigungsanlage eingebaut sei, antwortete stadtrat veleta, dass in der muellverbrennungsanlage wohl saemtliche behoerdlichen umweltschutzaufgaben erfuehrt werden, dass aber weitere untersuchungen durchgefuehrt werden, um ein optimum zu erzielen. ./.



rauchgasreinigungsanlagen sind derzeit technisch noch nicht ausgereift. auf die erste zusatzfrage, ob man nicht mit billigeren chemikalien das selbe resultat erzielen koenne, antwortete der ressortchef, dass die pruefungen fortgesetzt werden, um ein besseres ergebnis zu erreichen. die zweite zusatzfrage, warum man nicht die vorgangswise wie auf dem floetzersteig waehle, antwortete veleta, man suche noch die effizienteste loesung. (and) (forts.)

1105

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

7 wien, 10.12. (rk) die neunte anfrage von gr. schultz (spoe), ob die ansiedlung der firma general motors in aspern als gesichert anzusehen sei, beantwortete stadtrat veleta mit ja. seitens der stadt wien wurden alle vorbereitungen getroffen, damit dieses wirtschaftspolitisch bedeutsame projekt termingerecht durchgefuehrt werden kann. veleta verwies insbesondere auf den abschluss der erforderlichen grundtransaktionen. auf die erste zusatzfrage nach den kosten fuer die grundankaefe antwortete veleta, dass er aus bekannten gruenden keine konkreten zahlen nennen wolle. die ankaefe wurden durchwegs zu angemessenen preisen durchgefuehrt. auf die zweite zusatzfrage, in welchem umfang grundfreimachungen notwendig waren, antwortete veleta, dass sowohl private als auch bundes- und stadt eigene flaechen im bereich des ehemaligen flughafens aspern freigemacht werden mussten.

auf die zehnte anfrage von gr. dkfm. ammann (oevp), wieviel die inseratenkampagne der wiener stadtwerke im zusammenhang mit der erhoehung der strassenbahntarife gekostet habe, antwortete stadtrat nitte l, dass den stadtwerken selbst keine kosten entstanden. vom presse- und informationsdienst wurden am 21. november 1979 in drei tageszeitungen informationsinserate in auftrag gegeben. die kosten beliefen sich auf 273.703 schilling. auf die erste zusatzfrage, ./.



ob er es fuer richtig halte, dass auf plakate der oevp mit inseraten der stadt wien repliziert wurde, antwortete nittel, dass er die information der bevoelkerung ueber die verkehrsbetriebe-tarifaenderung fuer richtig halte. auf die z w e i t e z u s a t z - f r a g e nach dem stil der kuenftigen information stellte nittel fest, dass er das betreffende inserat - es gehoert in die zustaendigkeit von stadtrat schieder - sehr wohl fuer zielfuehrend und informativ halte.

auf die e l f t e a n f r a g e von gr. h a h n, (oevp), in wievielen wiener haeusern beziehungsweise wohnungen derzeit das gas wegen gebrechen an den haupt- oder abzweingleitungen abgesperrt sei, antwortete stadtrat n i t t e l dass aufgrund von hauptrohrgebrechen derzeit in keinem haus die gaszufuhr gestoert ist. von zuleitungsgebrechen sind derzeit 60 wohnungen, von schadhaften innenleitungen 1248 wohnungen betroffen. zuleitungen und innenleitungen fallen jedoch nicht in die verantwortung der gaswerke. die instandsetzung muss im auftrag der hausinhaber von installateuren durchgefuehrt werden. in beantwortung der ersten zusatzfrage, wieviele dieser wohnungen ohne gas vom 'paragraph 7' betroffen seien, verwies nittel auf die verantwortung der hauseigentuemer, wobei die unbuerokratische kreditaktion jenen hilft, die ueberhaupt dazu bereit sind, ihre haeuser in ordnung zu halten. auf die zweite zusatzfrage, ob die gaswerke, anlaesslich der bevorstehenden tariferhoehung bereit sind, die kosten fuer die hauszuleitungen zu uebernehmen, antwortete nittel, dass der antrag auf tariferhoehung damit in keinerlei zusammenhang stehe. grundsuetzlich sei er bereit, auch diese frage pruefen zu lassen. (ger) (forts.)

1111

wiener gemeinderat (4):

fragestunde (schluss)

9 wien, 10.12. (rk) auf die z w o e l f t e a n f r a g e von gr. a s c h e r l (spoe) in welchem ausmass die wiener strukturverbesserungsaktion seit 1. 1. 1978 in anspruch genommen wurde, berichtete finanzstadtrat m a y r (spoe), dass diese ./.



aktion von 85 betriebsgenuetzt worden sei. mit den baukostenzuschuessen von 92,160.000 s konnte ein bauvolumen von 1.315,000.000 s ausgeloeset werden. auf die erste zusatzfrage nach dem derzeitigen stand der inanspruchnahme, antwortete mayr, dass antraege vorliegen, die ein bauvolumen von 577 millionen ausloesen wuerden. ausserdem sei der foerderungsrahmen erhoehrt worden.

auf die 13. anfrage von gr. kneidinger (spoe) mit welchen massnahmen die exporttaetigkeit kleinerer und mittlerer betriebe in wien gefoerdert werden, antwortete stadtrat mayr, dass die exportfoerderungsges. m.b.h. insgesamt 100 millionen den kleineren und mittleren betrieben zur verfuegung stellt. ausserdem sei die exportfonds ges. m.b.h. taetig, die zinsenguenstige kredite von sechs prozent mit einer laufzeit von drei jahren vermittelt. die erste zusatzfrage, ob die stadt wien auch die ausfallshaftung fuer die von der gesellschaft zur verfuegung gestellten kredite uebernimmt, bejahte mayr. die stadt wien uebernimmt eine ausfallshaftung bis zu 90 prozent.

auf die 14. anfrage von gr. oblasser (spoe) welche foerderungsmassnahmen die stadt wien bei der ausarbeitung neuer verfahren und herstellung neuer produkte trifft, sagte mayr, dass die stadt wien die wiener innovationsgesellschaft gegrundet habe. mittelstaendischen unternehmen wird bei neuen verfahren und neuen produkten ein zuschuss von maximal 40 prozent der gesamtkosten des vorhabens, hoechstens jedoch fuenf millionen gewahrt. auf die erste zusatzfrage nach der taetigkeit der innovationsgesellschaft berichtete stadtrat mayr, dass bereits in 31 faellen foerderungen in einer gesamthoehe von 47,8 millionen geleistet wurden.

auf die 15. anfrage von gr. brosch (spoe) nach den antraegen auf die herabsetzung der abwassergebuehren antwortete stadtrat mayr, dass von 11.500 vorliegenden antraegen rund 10.000 positiv erledigt wurden. auf die erste zusatzfrage, inwieweit diese herabsetzung auch fuer reihenhaeuser gueltigkeit habe, berichtete mayr, dass ein novellierungsentwurf fuer das kanal- und abwassergebuehrengesetz vorliege, der auch reihenhaeuser und siedlungshaeuser beruecksichtige. der entwurf wird anfang des naechsten jahres im wiener landtag zur beschlussfassung vorgelegt.



auf die 16. anfrage von gr. kneissler (spoe) nach den rueckstaenden bei den steuern und abgaben antwortete mayr, dass in den letzten zehn jahren die rueckstaende geringer geworden seien. auf die erste zusatzfrage nach einer naeheren aufschluesselung der einzelnen steuerleistungen sagte mayr, dass der rueckstand der grundsteuer von 1,55 prozent im jahr 1970 gegenueber 0,48 prozent im jahr 1978 am staerksten abgenommen habe. auch die rueckstaende an lohnsummensteuer, hundesteuer und wassergebuehren seien rueckklaeufig, waehrend der rueckstand bei der getraenkeststeuer gestiegen sei. auf die zweite zusatzfrage, worauf der rueckgang zurueckzufuehren sei, sagte mayr, die methode in der revisionsstelle habe sich dahingehend geaendert, dass der bevoelkerung mehr serviceleistung geboten wird. es werden regelmaessige aufforderungen zahlsscheine und erinnerungen fuer zahlungen zugesendet. (ba) (forts.)

1138

wiener gemeinderat (5):

antraege und wahlen

10 wien, 10.12. (rk) es lagen vier anfragen der oevp sowie fuenf antraege der oevp und ein antrag der fpoe vor. die oevp-antraege betreffen erwerb von baurechtswohnungen, langzeitrehabilitation fuer drogensuechtige, eine werbe- und informationskampagne der verkehrsbetriebe, einen grundtausch und das ergebnis der verwaltungsreform. der fpoe-antrag betrifft eine neue garagenaktion fuer die bewohner innerstaedtischer bezirke. alle antraege wurden zugewiesen.

in den vorstand der krankenfuehrgesellschaft der bediensteten der stadt wien wurden gewaehlt: von der spoe: stadtrat nekula, die gemeinderaete peska, karoline pluskal, elisabeth schindler, friederike seidl, svoboda, margarete tischler, wiesinger, dr. zeman, von der oevp die gemeinderaete lehner, daller, dr. ebert, maria hampel-fuchs, schneider. in den ueberwachungsausschuss der krankenfuehrgesellschaft der bediensteten der stadt wien wurden gewaehlt: gr. holub (spoe) und gr. michalica (spoe), gr. hoffmann (oevp).

in das schiedsgericht der krankenfuehrgesellschaft der bediensteten der stadt wien wurde gr. windhab (spoe) als vorsitzender, gr. o./o.



eveline andrlík (spoe) und marilies flemming (oevp) als beisitzer gewaehlt. als neues mitglied des kuratoriums des fonds wiener jugendhilfswerke wurde gabrielle traxler (spoe) gewaehlt.

alle wahlen erfolgten mit den stimmen der spoe und oevp. (ba)

(forts.)

1140

wiener gemeinderat (6):

wiener budget

12 wien, 10.12. (rk) finanzstadtrat hans mayr (spoe) referierte als berichterstatter ueber den voranschlag 1980 der bundeshauptstadt wien, ueber den finanz- und investitionsplan 1980 bis 1984 und ueber den gebuehrenspegel. das wiener budget 1980 sieht einnahmen von 50,1 milliarden und ausgaben von 52,7 milliarden vor. der abgang betraegt somit 2,6 milliarden. gegenueber dem jahr 1979 steigen die einnahmen um 5,2 prozent, die ausgaben jedoch um 6,3 prozent, so dass sich der abgang von 4,1 prozent auf 5,1 prozent der gesamttausgaben erhoehrt.

stadtrat mayr verwies darauf, dass die eigenen steuern weniger dynamisch steigen, als die gemeinschaftlichen bundesabgaben. diese gemeinschaftlichen bundesabgaben bilden jedoch in den budgets aller laender und gemeinden die tragende saeule der steuereinnahmen. es verwundert daher nicht, dass um die aufteilung dieser mittel seit jahren und jahrzehnten debattiert wird. in letzter zeit haben vor allem die vertreter vorarlbergs am prinzip des gegenwaertigen finanzausgleiches kritik geuebt. die vertreter vorarlbergs beklagten den besonders hohen steuerabfluss aus ihrem land.

wien braucht einen vorstoss vorarlbergs in finanzausgleichsfragen nicht zu fuerchten, da wien wesentlich mehr in den gemeinsamen steuertopf einzahlt, als es zurueckbekommt. allein im jahr 1977 wurden insgesamt 54 milliarden aufgebracht, von denen wien als land und gemeinde nur 11,9 milliarden zurueckerhaelt. trotz der enormen leistungen der wiener steuerzahler ist wiens haltung in finanzausgleichsfragen wesentlich vorsichtiger, als zum beispiel das vorgehen vorarlbergs, erklarte mayr. eine wesentliche aenderung des finanzausgleichs von heute auf morgen ist wegen der verheerende



auswirkungen auf die budgets der laender und gemeinden aus staatspolitischen ueberlegungen abzulehnen.

derzeit sind die ballungsraeume und damit die steuerzahler dieser gebiete die wahren leidtragenden der jetzigen regelung. es muesste diskutiert werden, ob ein steuerabfluss aus den ballungsraeumen mit den enormen aufgabenstellungen, die diese ballungsraeume zu erledigen haben, noch zu vereinbaren ist.

mayr erinnerte an das im jahr 1976 gemeinsam von allen bundeslaendern beschlossene forderungsprogramm. darin wird fuer die bundeslaender das recht zur einhebung von zuschlaegen zu bundesabgaben gefordert. mayr sprach sich dafuer aus und verwies darauf, dass zuschlagsabgaben aufkommensneutral konstruiert werden koennen, und somit keine mehrbelastung des steuerzahlers bedeuten muessten. konkret wuerde das heissen, dass die bisherigen ertragsanteile des bundes als stammabgabe des bundes bleiben und die bisherigen ertragsanteile der laender und gemeinden als zuschlaege gestaltet werden. mayr sprach sich weiter fuer eine diskussion um eine energieverbrauchsabgabe aus. wien wird schon aus konkurrenzgruenden zum wiener umland in steuerlichen fragen keinen alleingang waehlen, wien ist fuer bundesweite regelungen. (sei) (forts.)

1334

wiener gemeinderat (7):

wiener budget (forts.)

13 wien, 12.10. (rk) im folgenden ging mayr auf die wesentlichsten ausgabegruppen ein. an personalkosten sind 10,7 milliarden fuer aktivbezuuge und 3,3 milliarden fuer pensionen vorgesehen. mayr verwies darauf, dass investitionen, die eine sozial leistungsfaeihige stadt vorrangig braucht, wie spitaeler, schulen und dergleichen, leider auch hohe folgekosten aufweisen. investitionen im sozialen bereich bedeuten in der regel auch einen hoeheren personalbedarf. weil wien auf diesem gebiet sehr viel investiert, wird es 1980 um 1.163 beschaeftigte mehr geben. davon entfallen 477 dienstposten auf die landeslehrer, 153 auf kindertagesheime und 421 auf die krankenanstalten.



fuer die instandhaltung werden 1980 1,9 milliarden, fuer die wohnbaufoerderung 3,8 milliarden ausgegeben. mit den wohnbaufoerderungsgeldern koennen rund 7.500 neue wohnungen gebaut werden, davon mehr als 2.000 gemeindewohnungen.

nach einer studie des institutes fuer stadtforschung wird der sanierungsbedarf bei den bestehenden wohnungen in wien auf 90 milliarden geschaetzt. mayr erklaerte, dass ausgaben in dieser groessenordnung vom budget der stadt wien aus nicht finanzierbar sind, und dass der weg nur ueber eine leistung aller mieter gegangen werden kann. mayr begruesste die vorlage des neuen mietenrechtes. dieses gesetz soll anreize schaffen, die alten haeuser ordentlich herzurichten und zu verbessern. es wird allerdings ueber das mietengesetz hinaus ein verstaerkter mitteleinsatz der oeffentlichen hand notwendig sein. mayr kritisierte, dass wien trotz seinen vielfaeltigen problemen auf dem wohnungssektor und bei der stadterneuerung nur rund 27 prozent der wohnbaufoerderungsmittel bekommt.

fuer investitionen werden 1980 8,7 milliarden ausgegeben, das sind 16,6 prozent der gesamttausgaben. die wirtschaftliche entwicklung einer stadt kann nicht allein von den investitionen gemessen werden. von den gesamttausgaben der stadt wien entfallen 15,4 milliarden auf lieferungen und leistungen und somit auf direkt auftragswirksame ausgaben. weitere 25 milliarden sind indirekt wirksame ausgaben, die zu einem grossteil in die wirtschaft fliessen und diese beleben. das wiener budget sichert somit nicht nur die erfuellung kommunaler leistungen, es sichert auch arbeitsplaetze.

stadtrat mayr betonte nochmals, dass fuer die finanzierung des oeffentlichen nahverkehrs, fuer die spitaeler und fuer die stadterneuerung politische loesungen gesucht werden muessen. waehrend jeder bewohner ausserhalb wiens 1.300 schilling pro jahr an allgemeinen steuermitteln fuer den oeffentlichen nahverkehr aufbringen muss, entfallen auf den wiener steuerzahler 5.200 schilling. eine aehnliche ungerechtigkeit ergibt sich bei den spitaelern, wo der wiener steuerzahler fuer die kosten der behandlung von nicht-wienern in den spitaelern aufkommen muss. (sei) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

wiener budget (schluss)

14 wien, 12.10. (rk) der finanz- und investitionsplan 1980 bis 1984 sieht eine einnahmensteigerung von 1980 bis 1984 von 50,1 milliarden auf 59,2 milliarden vor. die ausgaben ohne investitionen entwickeln sich im gleichen zeitraum von 44,7 milliarden auf 55,9 milliarden. die differenz zwischen einnahmen und ausgaben ohne investitionen - der rahmen fuer bauliche investitionen - sinkt von 5,3 milliarden im jahr 1980 auf 3,3 milliarden im jahr 1984. dem steht ein erfordernis fuer bauliche investitionen gegenueber, das im jahr 1981 mit 9,6 milliarden den hoehepunkt erreicht und im jahr 1984 noch immer 6,4 milliarden - das ist mehr als das doppelte des in diesem jahr zu verfuegung stehenden rahmens fuer bauliche investitionen - ausmacht. es ist daher fuer die finanzierung dieser vorhaben im prognosezeitraum bis 1984 an derzeit nicht gedeckten abgaengen ein betrag von zusammen rund 22 milliarden ausgewiesen.

da eine gaenzliche fremdfinanzierung dieses betrages als ausgeschlossen erscheint, wird in den naechsten jahren das gebot der aeussersten sparsamkeit striktest zu beachten sein. daneben werden aber auch hoehere einnahmen erzielt werden muessen.

abschliessend referierte stadtrat mayr ueber den gebuehrenspegel. von den 35 tarifmaessigen entgelten und gebuehren sind lediglich acht, deren jaehrlicher ertrag unter einer million schilling liegt. diese acht gebuehren wurden nicht auf kostendeckung ueberprueft. von den restlichen 27 gebuehren sind vier anaehernd kostendeckend. (se1) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (9):

finanzdebatte

15 wien, 10.12. (rk) als erster debattenredner betonte gr. h i r n s c h a l l (fpoe), man muesse das wiener budget als teil einer mehrjaehrigen entwicklung sehen. der schuldenstand betrage derzeit 25,8 milliarden, stadtrat mayr habe einen abgang bis zur hoehe eines jahresbudgets als unbedenklich bezeichnet. derzeit sei jedoch der bau des akh nur zu einem viertel finanziert, der donauhochwasserschutz zu einem drittel und wiens anteil an der errichtung der unc-city ebenfalls zu einem drittel. dem gegenueber steht ein deutlicher rueckgang der einnahmen als folge der bevoelkerungsentwicklung. bisher nicht beruecksichtigt ist der bau von u 3 und u 6 - er soll 1982 beginnen -, obwohl wien daraus kosten von einer milliarde jaehrlich erwachsen werden. auch die investitionen, die fuer das smzo erforderlich sein werden, haben keinen niederschlag gefunden. zwischen 1980 und 1984 wird sich der ungedeckte abgang nicht auf 22 beziehungsweise 23,5 milliarden schilling (einschliesslich der aufwendungen fuer die entschuldung der verkehrsbetriebe), sondern auf 27 bis 28 milliarden ohne den schuldendienst fuer dieses defizit belaufen. die schuldenlast wird an die 60 milliarden steigen und somit wohl bedenklich sein. "die hoffnung dass sich der bund entscheidend am betriebsabgang von spitaelern und verkehrsbetrieben beteiligen koennte, ist nicht realistisch", fuehrte hirnschall weiter aus. durch die wohnsitzangaben von zweitwohnungsbesitzern koennte sich ein zusaetzlicher einnahmeausfall ergeben. die spoe habe das gemeindebudget als mittel zur steuerung der konjunktur bezeichnet, es werden aber wahrscheinlich keine mittel dafuer uebrig bleiben. negative tendenzen zeigen sich bereits bei den arbeitsplaetzen. der wirtschaftsbericht stellt fest, dass die zahl der arbeitsplaetze im gegensatz zum uebrigen bundesgebiet rueckklaeufig ist. daher sei es nicht unbestritten, dass durch die ansiedlung eines multinationalen autokonzerns, der konjunkturanfaellig ist, sichere arbeitsplaetze geschaffen werden koennen.



"die ursache der schweren finanzkrise, in die wien hineingeschlittert ist, ist die summe von fehlerentscheidungen, und sorgloser finanzpolitik, die unvermindert anhaelt", kritisierte hirn-schall. dennoch beteiligte sich wien an der errichtung des internationalen konferenzzentrums, die schulden der verkehrsbetriebe werden zur gaenze abgedeckt, statt das unternehmen zu betriebswirtschaftlicher taetigkeit zu motivieren. es mangle an der bereitschaft, fehlerleistungen der verwaltung auf den grund zu gehen, entsprechende untersuchungen wurden verhindert. die fpoe lehnt das budget ab. (and) (forts.)

1347

wiener gemeinderat (10):

finanzdebatte (forts.)

16 wien, 12.10. (rk) das budget ist erstmals nach den bundesgesetzlichen vorschriften vom 15. juli 1974 in zehn aufgabengruppen gegliedert, stellte gr. h a h n (oepv) fest. manches ist jetzt konkreter ersichtlich. so sind zum beispiel die schulden jetzt klar erkennbar. trotzdem ist das budget falsch vorgelegt. es waere besser gewesen, den beschluss ueber die teilsanierung der stadtwerke im budget bereits zu beruecksichtigen.

der ausgewiesene abgang betraegt 2,6 milliarden. tatsaechlich betraegt die zunahme der nettoverschuldung 6,3 milliarden. die gesamtverschuldung wird mit ende 1980 34 milliarden betragen (beziehungsweise 42 milliarden mit dem wohnbau). jeder wiener ist dann mit 21.250 schilling verschuldet. die gesamtverschuldung betraegt dann bereits 68 prozent (beziehungsweise 80 prozent mit wohnbau). stadtrat mayr wird einmal sagen muessen, wie das weitergehen soll.

das budget 1980 ist gekennzeichnet durch einen weiteren rueckgang der investitionen, deren anteil am gesambudget 1978 22,3 prozent betrug, 1979 auf 18,6 prozent und im budget 1980 auf 16,6 prozent sinkt.

ausserdem ist das budget durch eine stark steigende belastung der steuerzahler gekennzeichnet. der nettoreallohn wird 1980 weiter

./.



sinken. ein angestellter mit 10.000 schilling brutto bekam am 1. jaenner 1979 7.257 schilling netto. am 1. jaenner 1980 bekommt er 10.440 schilling brutto und 7.490 schilling netto. damit liegt er unter dem index und hat einen reallohnverlust von 1 bis 1 1/2 prozent.

die oevp ist der meinung, dass durch die unterlassung weiterer ueberdimensionaler steuererhoehungen die konjunktur angekurbelt werden kann. die konjunkturbelebung wuerde auch hoehere einnahmen ohne belastungen bringen. zugleich wuerde sparsamkeit auf der ausgaben-seite bei verwaltung und propaganda das budgetdefizit senken.

das budget ist weiters gekennzeichnet durch die zahlungsverpflichtungen bei grossinvestitionen. ein umdenken fehlt, wie man sich von gigantomanischen grossprojekten auf die notwendigen investitionen, die der sicherstellung der lebensqualitaet dienen, beschaerken koennte.

auch energiesparmassnahmen fehlen im budget, kritisierte hahn. aus dem erdoelschock 1973 hat die spoe wenig gelernt.

die bereits angekuendigten tariferhoehungen sind im budget nicht enthalten. sie bedeuten einen weiteren reallohnverlust, der sich auf mindestens drei prozent erhoehrt.

ein weiteres kennzeichen des budgets ist die fehlende finanzierung fuer die stadterneuerung. von allen zwischen 1961 und 1977 errichteten 182.000 wohnungen wurden nur 35 prozent in den innerstaedtischen bezirken gebaut. diese entwicklung war ganz besonders durch die wohnbautaetigkeit der stadt wien gepraeagt. 37,4 prozent aller wohnungen in diesem zeitraum wurden von der gemeinde wien gebaut, davon nur ein drittel in stadterneuerungsgebieten. 75 prozent der mittel fuer den staedtischen wohnhausbau sind in den randzonen investiert worden. von den ausgaben fuer die technische infrastruktur in diesem zeitraum flossen 60 prozent in die randzonen, dies ist ein betrag von 7,8 milliarden, den man zu einem grossen teil zu den kosten fuer das bauen auf der "gruenen wiese" hinzuzaehlen muss.

ein blick auf den investitionsplan bis 1983 zeigt, dass der schwerpunkt weiterhin in den randzonen liegen wird. nur 29 prozent der wohnbauprojekte befinden sich in den inneren bezirken. hahn stellte den a n t r a g , 585 millionen, die dem land wien im



zusammenhang mit der verrechnung von erstattungsbetraegen an bau-sparer rueckverguetet werden, ausschliesslich fuer zwecke der stadt-erneuerung zu verwenden.

1979 ist es gelungen, zumindest die zahl von neu beschlossenen 8.000 wohnungen zu halten. 1980 wird die zahl der neufinanzierungen auf 7.500 sinken. und wenn es nicht gelingt, die explosion der annuitaetenstuetzungen einzubremsen, ist ein weiteres sinken vorauszusehen.

auch der u-bahn-bau hat rueckklaefige quoten

die stadterneuerung wird klein- und mittelbetriebe in zukunft staerker brauchen und beschaeftigen. die schwierige situation der industrie und von fertigteilbaufirmen kann aber sicher nicht mit protektionismus bekaempft werden. mit filzokratie und protektionismus muss schluss gemacht werden (rufz.)

hahn brachte den a b a e n d e r u n g s a n t r a g zum budgetentwurf ein, in dem erhoehungen der mittel unter anderem fuer die geschaeft der bezirksvorsteher, fuer die ersatzvornahme bei bauauftraegen, fuer den rettungs- und krankenbefoerungsdienst, fuer die strasseninstandsetzung sowie die schaffung von radwegen und spielstrassen verlangt werden. minderausgaben werden unter anderem bei den budgetposten information und oeffentlichkeit, beitraege fuer das iakw, ankauf von wertpapieren und reserve gefordert. diese mittel in der hoehe von insgesamt 790 millionen sind zur bedeckung der beantragten ausgabenerhoehung von insgesamt 406 millionen zu verwenden. der rest soll zur deckung des erwarteten abgangs verwendet werden.

die oevp werde dem budget 1980 nicht zustimmen. (ger) (forts.)

1404

finanzdebatte (forts.)

18 wien, 10.12. (rk) das budget 1980 ist die voraussetzung dafuer, dass das arbeitsprogramm der spoe und das programm fuer die wiener erfuehrt wird, stellte gr. ing. fritz h o f m a n n (spoe) fest. dieses arbeitsprogramm sieht folgende vier schwerpunkte vor:



die volksnahe verwaltung, mehr demokratie durch dezentralisierung, die loesung von verkehrsproblemen und massnahmen zur stadterneuerung.

die volksnaehere verwaltung wurde durch haeufigere sprechstunden des buergermeisters und mehr information fuer die bevoelkerung eingeleitet. die grundvoraussetzung fuer das funktionieren der demokratie ist der informierte buerger.

die dezentralisierung wurde teilweise bereits durch kommunale servicestellen in den bezirken in die praxis umgesetzt. in den fragen verkehr, planung und wohnbau wird die bevoelkerung immer staerker zur mitsprache herangezogen. dezentralisierung bedeutet aber nicht nur mehr rechte, sondern auch mehr pflichten.

auch verkehrsfragen wurden neu ueberdacht, wobei sich neue loesungsmoeglichkeiten abgezeichnet haben, stellte gr. hofmann fest. das beschleunigungsprogramm wird forciert, die wirtschaftliche situation der verkehrsbetriebe wurde verbessert, das u-bahn- und s-bahnnetz wird ausgebaut, auf den durchzugsstrassen hat der individualverkehr vorrang vor dem ruhenden verkehr. in dicht besiedelten wohnvierteln steht die umweltverbesserung im vordergrund. seit 1970 wurden die budgetmittel fuer bundesstrassen aus der mineraloelsteuer verdreifacht.

stadterneuerung sei ein grossprojekt der kleinen schritte, sagte gr. hofmann, und koenne ebenfalls nur mit hilfe der bundesregierung geloest werden. wollte man den substandard beseitigen, wuerde dies in erster dringlichkeitsstufe mehr als hundert milliarden ausmachen.

es muessten jedoch systeme gesetzlicher und wirtschaftlicher natur gefunden werden, um den menschen, die in schlechten verhaeltnissen wohnen, in absehbarer zeit zu helfen.

gr. hofmann bedauerte abschliessend, dass die taktik-aenderung der oevp gemeinsame beschluesse kaum mehr moeglich macht. (ba)

(forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

finanzdebatte (forts.)

19 wien, 10.12. (rk) das budget 1980 zeigt ansaetze zu Loesungen und zur ehrlichkeit. bei der beantwortung von zukunftsfragen dieser stadt ist man aber still geblieben, erklarte vizebuergemeister dr. b u s e k (oevp). er schlug vor, bei der erstellung des budgets gespraechе innerhalb der fraktionen zu fuehren und vorschlaege zu diskutieren und von der jetzigen praxis abzugehen, den budgetentwurf ohne abaenderungen in einer "abstimmungsma-schinerie" durchzubringen.

an positiven seiten des budgets 1980 erwaehte busek die hoeheren mittel fuer den hochwasserschutz, den ausbau der vorortelinie, die planungsmittel fuer die u 3 und die gelder fuer das sozialmedizinische zentrum ost. positiv ist auch, dass bei der er-orterung finanzieller probleme erstmals eine deutlichere sprache gefuehrt wird.

es bleibt jedoch die sorge, dass man auch in zukunft im bereich des sparens einfalltlos sein wird, bei der erhoehung von steuern und tarifen jedoch einfalltreich.

beim bund muesste man erreichen, dass projekte wie die traisenbruecke gegen andere projekte getauscht werden. einer prioritaaetensetzung bei den bundesstrassenbauten stimmt die oevp zu. in fragen des verkehrs vertritt die arbeiterkammer in einigen fragen den gleichen standpunkt wie die oevp. so bei der behandlung der a 21 und a 22, der guertelautobahn, der vorortebegleitstrasse und des floetzersteiges.

aber auch innerhalb des wiener budgets gibt es umschichtungs-moeglichkeiten. derzeit wird fuer die verbesserung der lebens-qualitaet viel zu wenig getan. fuer radwege und spielstrassen werden nur zwei millionen ausgegeben, fuer laermschutzmassnahmen eine million und fuer die schulwegsicherung drei millionen. kein geld ist fuer 'park and ride plaetze' vorhanden, und auch die foerderung des garagenbaues laesst zu wuenschen uebrig. der von der oevp vorgeschlagene staedterneuerungsfonds wuerde in zwanzig jahren zehn



prozent des bedarfs abdecken. einsparungen koennte man bei der reserve fuer unvorhergesehenes, beim konferenzzentrum und beim ankauf von wertpapieren machen.

fuer eine positive entwicklung in wien ist aber auch eine aktive wirtschaftspolitik notwendig. man muss zwar anerkennen, dass in den letzten jahren etwas geschehen ist, doch veranlassen die hoeheren tarife und gebuehren in wien noch immer viele betriebe zur abwanderung. die klein- und mittelbetriebe muessen bei der oeffentlichen foerderung gleich wie die multinationalen unternehmungen behandelt werden. und vor allem duerfte es keine neuen steuern fuer die wien-er betriebe geben.

abschliessend stellte busek den a n t r a g , eine unabhaengige kommission zu bestellen, die einen bericht ueber die selbstorganisation und die nachbarschaftshilfe der buerger ausarbeiten sollte. durch die selbstorganisation der buerger koennten die finanzen der stadt entlastet werden. (sei) (forts.)

1513

## finanzdebatte (forts.)

20 wien, 10.12. (rk) "das budget soll der ausdruck der vorstellungen jener partei sein, die nach dem willen der bevoelkerung die mehrheit erhalten hat", setzte gr. s c h u l t z (spoe) an die spitze seiner ausfuehrungen. er wies darauf hin, dass die oevp seinerzeit die floetzersteig-bundesstrasse gefordert hat, dass vizebuergemeister dr. busek (oevp) in seiner rede jedoch darauf keinen bezug genommen habe. ueberdies stehe die wien-er verkehrskonzeption derzeit zur diskussion. im haushaltsvoranschlag sind betraechtliche mittel fuer die beschleunigung des oeffentlichen verkehrs enthalten. diese massnahme wird derzeit in der mariahilfer strasse realisiert. bei der oevp habe es jedoch heftige widerstaende gegen die beschleunigungsmassnahmen gegeben.

als massnahmen zur wirtschaftsfoerderung fuehrte schultz die aufschliessung von betriebsbaugebieten und die vergabe von baurechtsgruenden an, wodurch arbeitsplaetze erhalten und neue geschaffen werden konnten. die oevp habe in den bezirken vehement die schaffung von arbeitsplaetzen gefordert, jedoch gegen die 1.500 arbeitsplaetze



polemisiert, die auf dem ehemaligen flughafengelände aspern entstehen werden. man muesse auch festhalten, dass in wien in den letzten jahren mehr als 100.000 arbeitsplaetze geschaffen wurden. die errichtung des internationalen konferenzzentrums ist deshalb fuer wien besonders wichtig, weil die bedeutung des kongresstourismus staendig zunimmt.

der finanz- und investitionsplan fuer den zeitraum von 1980 bis 1984 sei auf grund der beschluesse des wiener gemeinderates vorgelegt worden. die wesentlichen schwerpunkte sind oeffentlicher verkehr, gesundheitswesen und wohnbau. es gelte, in den anderen bundeslaendern mehr verstaendnis fuer die anliegen wiens zu erzielen. "die loesung dieser probleme kann nicht nur auf wien beschraenkt bleiben, es erscheint uns die bundesweite Neubewertung dieses problemkreises notwendig", schloss schultz. (and) (forts.)  
1516

wiener gemeinderat (14):

finanzdebatte (forts.)

21 wien, 10.12. (rk) stadtrat m a y r meldete sich als berichterstatter zu wort. er stellte fest, dass durch die finanzmassnahmen fuer die verkehrsbetriebe keine zusaetzliche verschuldung entsteht. es geht vielmehr darum, ob diese mittel bei den stadtwerken oder bei der hoehheitsverwaltung aufscheinen.

es sei nicht logisch, einerseits die wachsende verschuldung zu beklagen, und andererseits darueber zu klagen, dass gebuehren-erhoehungen in der budgetvorschau nicht beruecksichtigt sind: die vorschau zeigt ja eben, was geschaehe, wenn auf der einnahmensseite nichts unternommen wird. zur frage der nachzahlung fuer wien im zusammenhang mit erstattungsbetraegen an bausparer erklaerte mayr, dass die genaue hoehe dieses betrages noch nicht feststehe. es handelt sich dabei aber um einen einmaligen betrag, der keine loesung fuer die frage der stadterneuerung darstellt.

die annahme des abaenderungsantrages der oevp zum budget wuerde bedeuten, dass sich das defizit de facto um 300 millionen erhoeht,



sagte mayr, eine verbesserung der budgetsituation wuerde nicht eintreten. der abaenderungsantrag zeigt aber auch, wie serioes bei der erstellung des voranschlags vorgegangen wurde. bewegt sich doch die gesamtkritik der opposition an einem 52-milliarden-budget in einer groessenordnung von 700 millionen, also ganz wenigen prozentpunkten. damit wird dann aber gleichzeitig eine verheerende kritik an der finanzpolitik verbunden.

mayr kritisierte, dass man sich einerseits auf vogelsang und das subsidiaritaetsprinzip berufe, und andererseits gleichzeitig versuche, die gesamte last der stadterneuerung auf die kommune zu uebertragen.

zu dem debattenbeitrag von vizebuergermeister dr. busek stellte mayr fest, er habe nicht verlangt, dass die opposition in den landtagen einen standpunkt einnehme, der sich gegen den standpunkt des betreffenden bundeslandes richtet. dies gilt auch fuer die vorarlberger sozialisten. mayr aeusserte in diesem zusammenhang den wunsch, dass auch die opposition in wien den standpunkt einnimmt, dass der anteil wiens an den geldern erhoert werden soll.

selbstverstaendlich gibt es reserven im budget, sagte mayr, aber es gibt keinen "reptilienfonds" fuer den finanzstadtrat. selbstverstaendlich sind verstaerkungsmittel vorgesehen, weil aufgaben auf uns zukommen koennen, die nicht vorhersehbar sind. aber jeder groschen unterliegt der beschlussfassung des gemeinderates, unterstrich mayr.

mayr erklaerte, dass er eine energieverbrauchsabgabe fuer notwendig halte. die energieverversorgung wiens beruht auf kalorischen kraftwerken beziehungsweise erdgas. die gestehungskosten fuer erdoel und erdgas sind von der stadt nicht unmittelbar beeinflussbar. andere regionen oesterreichs werden in hohem masse durch wasserkraftwerke versorgt. dort haben steigende oel- und gaspreise keinen einfluss. wenn nicht rechtzeitig massnahmen ergriffen werden, kommt es zu einem starken auseinanderklaffen der energiepreise innerhalb oesterreichs.

mayr bekannte sich grundsuetzlich dazu, dass die wirtschaft aus eigener kraft wirtschaften koennen muss. damit kann man aber nicht die forderung nach hoeheren subventionen verbinden. jeder groschen, ueber den die stadt verfuegt, ist steuergeld, jeder



groschen, der jemandem zur verfuegung gestellt wird, muss vorher durch steuern eingenommen werden.

mit produktionen auf dem autosektor sind selbstverstaendlich auch risiken verbunden, sagte mayr. ein ausschalten des risikos wuerde ein ausschalten des marktes, ein ausschalten unseres wirtschafts-systems ueberhaupt bedeuten. (ger) (forts.)

1535

wiener gemeinderat (15):

finanzdebatte (schluss)

22 wien, 10.12. (rk) gemeinderat dr. w o e b e r (oevp) kritisierte das fehlen einer detaillierten aufschluesselung fuer die verwendung der 850 millionen verstaerkungsmittel. ausserdem soll die opposition gelegenheit erhalten, das budget auch im finanzausschuss genauer zu beraten. das hoffen auf den finanzausgleich wuerde zu keiner verbesserung der finanziellen situation fuehren. die dynamischste bewegung im rahmen des budgets sei die tilgung und rueckzahlung der schulden. es sei daher notwendig, dass man klare prioritaelen setze und ueberlege, wo man spare. beim rechnungsabschluss zeige sich immer wieder, dass mittel, die fuer bauvorhaben bereitgestellt wurden, gar nicht verwendet werden konnten. untersuchungen haben gezeigt, dass die wiener wirtschaft seit jahren ruecklaeufig sei, dass die produktion stagniere, die zahl der arbeitsplaetze rueckgaengig sei und dass sich die dynamik des wiener handels verringere. noch immer bestene ein abstand der wiener wirtschaft zum gesamtosterreichischen durchschnitt. ein gemeinsames ziel muesse es daher sein, diesen abstand zu verringern. dabei soll man sich vor allem auf die klein- und mittelbetrieblichen wirtschaftszweige stuetzen und diese nicht ueber der foerderung multinationaler konzerne vernachlaessigen. ausserdem soll in wien ein wirtschaftsklima geschaffen werden, in dem es sich lohnt, zu investieren.

./.



dr. woerber stellte den antrag, dass dem gemeinderat ein bericht der wiener holding mit einer analyse der einzelnen gesellschaften vorgelegt wird. (ba)

das budget 1980 ist vom sozialen bewusstsein und sozialer verantwortung getragen, erklarte gr. p o e d e r (spoe). schwerpunkt ist die foerderung der wirtschaft mit direkt und indirekt wirksamen ausgaben von 40 milliarden. die ausgaben fuer den wohnbau, fuer die u-bahn, fuer das akh, fuer den strassenbau und fuer die schulen sind durchaus zukunftsbezogene projekte.

beim finanzausgleich sollte man nach vernuenftigen und ausgewogenen loesungen suchen. ein wesentlicher teil der von einem bundesland aufgebrauchten mittel sollte in dieses bundesland zurueckfließen. (sei) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

kulturdebatte

23 wien, 10.12. (rk) als erster debattenredner des budgetschwerpunktes "kultur und schule" hob gr. dr. p a w k o w i c z (fpoe) die themen "messepalast" und "jugendstilmuseum" hervor. der messepalast befinde sich derzeit in sehr schlechtem zustand. wohl gehoert dieses gebaeude dem bund, mieter ist die wiener messe ag., es duerfe aber der stadt wien nicht gleichgueltig sein, was mit dem gebaeude geschieht. der vorschlag, hier solle ein museum entstehen, sei zu wenig. es koennte der messepalast der stadt wien uebertragen werden, wie in der diskussion bereits angeklungen. er stellte den a n t r a g , einen mit 100.000 s dotierten ideenwettbewerb durchzufuehren, zu dem alle architekten und die architekturabteilungen der universitaeten beziehungsweise der akademien eingeladen werden sollen. die bevoelkerung muesse sehr fruehzeitig informiert und an der entscheidungsfindung beteiligt werden. es muesse jedenfalls aus dem ideenwettbewerb mehr gewonnen werden als die anregung, hier ein museum zu schaffen: vielleicht koennte hier ein kongresszentrum entstehen, malerei, bildhauerei und theater koennten hier eine neue heimstatt finden.

die errichtung des jugendstilmuseums erscheint pawkowicz sehr wichtig und dringend, als domizil schlaegt er das gebaeude der sezession vor. wien koennte damit nicht nur politisches zentrum (uno-city), sondern auch kulturpolitischer schwerpunkt werden.

pawkowicz setzte sich sodann mit den vorgaengen im "dramatischen zentrum" auseinander. dadurch gerate die experimentelle theaterszene in misskredit. an kulturstadtrat zilk stellte er die frage, wie weit die untersuchungen in diesem zusammenhang gediehen seien, ob drogen sichergestellt worden seien und welche ergebnisse die polizeilichen untersuchungen gebracht haetten.

die kunstfoerderung muesse dort einsetzen, wo die finanziellen mittel zur erbringung einer leistung nicht ausreichen, fuehrte der redner weiter aus. er stellte den a n t r a g , der zustaeendige



stadtrat solle dem wiener gemeinderat jaehrlich einen kunst- und kulturfoerderungsbericht vorlegen, der eine genaue aufstellung der subventionsempfaenger enthalten solle. damit soll der sparsame und wirkungsvolle einsatz der kunstfoerderungsmittel gewaehrleistet werden. (and) (forts.)

1700

wiener gemeinderat (17):

kulturdebatte (forts.)

24 wien, 10.12. (rk) entscheidend wird beim budget der gruppe "kultur und buergerdienst" sein, wie die rahmen ausgefuellt werden, erklaerte gr. mag. k a u e r (oevp). die inhalte werden entscheidend sein, das, was konkret gemacht wird.

es faellt auf, dass die schlechte alte sitte der unterbudge - tierung wieder praktiziert worden zu sein scheint. so sei es kaum verstaendlich, warum zum beispiel die musiklehranstalten im naechsten jahr weniger brennstoff verbrauchen sollten.

wo sind die angekuendigten kulturellen bezirksaktivitaeten verborgen, fragte kauer. wo sind die konzepte fuer den langfristigen ein - satz des kulturschillings, fuer die museen, fuer die nutzung zen - tral gelegener komplexe, wie etwa des messepalastes? kauer kritisierte, dass ein teil des kulturschillings nicht fuer zwecke der altstadt - erhaltung verwendet wird.

ein konzept fehlt auch fuer die kommunalen buechereien, ebenso ein ausbildungskonzept fuer die bibliothekare. es fehlt auch an personal: zwischen 1970 und 1978 stieg die zahl der entlehnungen in den staedtischen buechereien um 44 prozent. der personalstand er - hoehte sich im selben zeitraum nur um 11,7 prozent.

an ankuendigungen wurde schon einiges gehoert. es wird aber darauf ankommen, was wirklich geschieht. wir werden genau darauf achten, was von den ankuendigungen auch realisiert werden wird, schloss kauer. (ger) (forts.)

1703



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

kulturdebatte (forts.)

25 wien, 10.12. (rk) von den zahlreichen kulturtraegern der stadt wien hob gr. gertrude s t i e h l (spoe) ganz besonders das wiener volksbildungswerk hervor. einige "zuckerln" dieser institution sind unter anderem die kulturwanderwege, der kulturelle modellversuch. "kristallisationsgitter", die amateurtheater, der verein kritischer liedermacher, fuer die alle vom budget bedeutenden subventionsgelder bereitgestellt werden. auch die musikalischen gruppen seien hervorzuheben, darunter die 41 arbeitermusikvereine und der neue hausmusikwettbewerb.

die vielfaeltige arbeitsweise der bezirkskulturvereine zeigte die gemeinderaetin am beispiel des "forum 21" und des kulturvereins donaustadt auf. in floridsdorf wurden heuer 15 hochqualifizierte konzerte abgehalten, donaustadt fuehrt die aktion "mach-mit" durch. unter dem motto "kunst fuer jeden" wurde auch die aktion "kuenstler in betrieben" ins leben gerufen, die die klufft zwischen der arbeitenden bevoelkerung und dem kuenstler verringern soll. weitere stationen zum allgemeinen kunstverstaendnis sind die artothek und die erste freie wiener kunstaussstellung im wiener kuenstlerhaus. geplant ist eine neuartige weihnachtsausstellung sowie eine verstaerkung der aktion, ausstellungen an bisher ungewoehnlichen staetten - beispielsweise in den u-bahn-stationen - zu zeigen.

die kunst soll zum selbstverstaendlichen teil des lebens werden. dies ist das ziel der kulturarbeit der gemeinde wien, die weiterhin beispielgebend sein wird. (ba)

das budget 1980 zeigt keine strukturellen veraenderungen zugunsten des kindes, erklaerte gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp). in den u-bahn- und stadtbahnstationen gibt es wieder keine aufzuege, fuer die 6- bis 15jaehrigen gibt es bei den verkehrsbetrieben keine zusatzmarke fuer eine netzkarte, fuer radwege und fuer spielplaetze stehen nur je zwei millionen zur verfuegung.



hampel-fuchs kritisierte, dass in wien kein schulversuch "tagesheimschule" durchgefuehrt wird und damit fuer die eltern keine wahlfreiheit gegeben ist. sie stellte den a n t r a g , dass im schuljahr 1981/82 die klassenschuelerzahl herabgesetzt wird und zwar sollte die durchschnittliche schuelerzahl 28 betragen und im einzelfall 34 nicht uebersteigen.

es sollte gebote fuer eine kinderfreundliche stadt geben. unter anderem muessten die wohnungen familien- und kinderfreundlich sein, kein kind sollte weiter als 200 meter zu einem spielplatz und weiter als zwei kilometer zu einem schwimmbad haben, jeder bezirk muesste mehrere spielstrassen haben und man muesste mit dem rad gefahrlos durch wien fahren koennen. (sei) (forts)

1719

wiener gemeinderat (19):

kulturdebatte (forts.)

26 wien, 10.12. (rk) wir sollten uns um eine zeitgemaesse schulreform zur anpassung an die moderne gesellschaft bemuehen. das land wien schafft dafuer die bestmoeglichen materiellen voraussetzungen, erklaerte gr. g a w l i k (spoe). noch immer besteht ein enger zusammenhang zwischen dem bildungsniveau der eltern und der schulausbildung der kinder. "wir fordern daher die gemeinsame schule der 6-bis 14-jaehrigen, das soll die basis einer demokratischen gesellschaft sein", fuehrte der redner weiter aus. es sei wichtig, dass die berufsentscheidung nicht im zehnten lebensjahr, sondern spaeter erfolgt. wir muessen alles daran setzen, um chancengleichheit zu ermoeeglichen. in der berufsausbildung sollte der schulbesuch auf 40 prozent der ausbildungszeit erhoehrt werden, es soll ein zweiter berufsschultag eingefuehrt werden. die schueler sollen mehr allgemeinbildung erfahren, dazu eine bessere ausbildung in der muttersprache erhalten und eine fremdsprache erlernen. die politische bildung soll forciert werden, um die menschen zu mehr demokratie zu motivieren. mehr maedchen sollen traditionelle maennerberufe erlernen. abschliessend wies gawlik auf die hunderten neu errichteten und renovierten schulklassen im rahmen der berufsschulen hin und richtete an den zustaeendigen stadtrat die bitte, dazu beizutragen, das kantinenproblem zu loesen. (and) (forts.)

1751



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (20):

kulturdebatte (forts.)

27 wien, 10.12. (rk) mit den musikanten in der kaerntner strasse beschaeftigte sich gr. dr. k r a s s e r (oevp) in seinem debattenbeitrag. fuer die dort wohnenden und beschaeftigten sei dieses spektakel unertraeglich. in der bezirksvorsteherung wurden hunderte beschwerden registriert. stadtrat zilke habe diese strassenkunst freigegeben, die polizei bleibt untaetig. das wiener veranstaltungsgesetz und das gebrauchsabgabengesetz wurden mit billigung zilks laufend verletzt. die im sommer getroffene regelung, dass strassenmusik jeweils nur eine halbe stunde toleriert werde, verstosse ebenfalls gegen das gesetz. es sei keine visitenkarte fuer die stadt, wenn das zentrum von bettelei beherrscht wird. das flugblatt, das an die musikanten verteilt wurde, blieb eine farce, da sich niemand daran hielt. wien, die stadt der musik, duerfe nicht zu einer stadt der bettelmusik werden, forderte dr. krasser. die magistratsabteilung 13 hat ab 1980 ein eigenes budget, sagte gr. s t r a n g l (spoe). er verwies auf die steigerung der ferienspiel- und ferienclub-aktivitaeten, die bei verschiedenen oesterreichischen und deutschen staedten nachahmung finden werden. im naechsten jahr werden auch sogenannte familiensonntage eingefuehrt. die jugendzentren werden weiter ausgebaut. fuer die betreuung der schueler an samstagen wurden im zusammenhang mit der einfuehrung der fuef-tage-woche 36 schuelerklubs eingerichtet. sie stellen vor allem fuer alleinstehende muetter eine erleichterung dar. das konservatorium der stadt wien verstaerkt seinen einsatz. nicht 1980, aber in baelde wird auch eine hoehere cotierung der landesbildstelle erforderlich.

in den staedtischen buechereien gab es 1979 mehr als zweieinhalb millionen entlehnungen. neue buechereien werden eroeffnet, der buecherbus ergaenzt die flaechenausstrahlung. die buecherbus-unterbringung wird im kommenden jahr in einem neuen gebaeude erfolgen. es gibt auch eine eigene bibliothekar-fachpruefung. die buechereien



verzeichneten eine steigerung der leserzahlen, an der besonders jugendliche zwischen 14 und 18 jahren beteiligt sind. die staedtischen buechereien werden vor allem im interesse der aelteren menschen eine vermehrte anzahl von grossdrucken anschaffen. bei der wiener volksbildung gibt es eine budgeterhoehung um 48 prozent. das vormittags- und wochenendangebot wurde enorm gesteigert. (ger) (forts)

1847

wiener gemeinderat (21):

kulturdebatte (forts.)

28 wien, 10.12. (rk) ortsbildpflege wird nicht nur aus den mitteln des altstadterhaltungsfonds betrieben, sondern wie beispielsweise die renovierung des alten rathauses oder der otto wagner-pavillons auf dem karlsplatz auch aus anderen budgetposten beglichen, stellte gr. w i n d h a b (spoe) fest. das budget sei ein gradmesser fuer die kulturpolitik. die foerderungsmittel fuer die darstellende kunst sind um 16 prozent gestiegen. das budget fuer die festwochen wurde um zweielf prozent erhoelt.

die opposition muesse sich ueberlegen, ob sie freiheit in der kunst befuerworte, oder erstarrte formen. vizebuergemeister busek habe die strassenmusik angeregt, sein fraktionskollege verurteile sie nun. wenn sich stadtrat zilk fuer die strassenmusik einsetzt, verletzt er das gesetz, wenn vizebuergemeister busek dazu auffordert, sei dies eine grosse tat, kritisierte windhab.

auf die gefaehrlichen randerscheinungen der jugendszene wie drogensucht, bewaffnete ausschreitungen und taetlichkeiten ging gr. p r o c h a s k a (oevp) in seinem debattenbeitrag ein. den jugendlichen fehlen wertvorstellungen, da es zu einem immer groesseren auseinanderklaffen zwischen politischer ideologie und politischer realitaet kommt. die spoe foerdere immer staerker familienersatzeinrichtungen, bei denen die kinder dem elternhaus entzogen werden. die entfunktionalisierung der familie aeussere sich auch in der forderung nach ganztagschulen. es fehle an der koordinierung von stadtplanung, wohnbau, freizeiteinrichtungen und



konzepten fuer jugendliche. als einzig geglueckte aktion koenne wiener ferienspiel und ferienclub bezeichnet werden. bei allen anderen jugendeinrichtungen, vor allem bei den wiener jugendzentren sei die situation in personeller und wirtschaftlicher hinsicht bedenklich. die wiener jugendzentren werden gegenueber den anderen jugendorganisationen ueberdimensional gefoerdert. trotz den alarmzeichen in der jugendszene gibt es keine leitlinien, die politik wird aus dem linken handgelenk betrieben. (ba) (forts.)

1852

wiener gemeinderat (22):

kulturdebatte (schluss)

29 wien, 10.12. (rk) der jugend soll man helfen, statt zu kritisieren, erklarte gr. h a n k e (spoe). sie ist bei weitem nicht so schlecht, wie die opposition sie darzustellen versucht. von den schulbuechern bis zu den schuelerfreikarten hat die spoe ihre kinderfreundlichkeit bewiesen. in oevp-institutionen vermisst man jeden ansatz fuer kindergerechte loesungen.

im verein jugendzentrum stellt die oevp den stellvertretenden obmann. im vorstand des vereines gibt es jede moeglichkeit, mitzuarbeiten. es ist unverstaendlich, dass im gemeinderat konflikte ausgetragen werden, die sich im vorstand nicht ergeben.

in einer zweiten wortmeldung erklarte gr. p r o c h a s k a (oevp), dass er nicht detektiv des vereines jugendzentrum ist. die geschaeftsfuehrung muesse von sich aus ueber alle vorgaenge berichten.

die beratungen wurden um 18.25 uhr unterbrochen. sie werden morgen, dienstag, um 9 uhr, mit der debatte ueber die schwerpunkte wohnen, versorgung und entsorgung sowie ueber planung, verkehr und strassenbau fortgesetzt. (sei) (schluss)

- ende des sitzungsberichtes -

1900